

Weiherstraße 4
D-90762 Fürth

Fon: 0911/ 7 6661 6660

Fax: 0911/ 7 6661 6662

Homepage: www.csu-fuerth.de

E-Mail: fraktion@csu-fuerth.de

Stadt Fürth
Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung

per Mail

Fürth, den 22.04.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CSU-Stadtratsfraktion stellt zur nächstmöglichen Behandlung folgenden

Antrag:

1. Für alle im Stadtgebiet Fürth neu hergestellten oder grundlegend sanierten Straßen, Geh- und Radwege wird eine **Aufgrabungssperre von mindestens 5 Jahren** festgelegt und konsequent durchgesetzt.
2. Ausnahmen werden ausschließlich bei **unvorhersehbaren Notfällen** (z. B. Leitungsbruch, Gefahrenabwehr) zugelassen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen **welche angemessenen und rechtssicheren Sanktionen bei Verstößen gegen die Aufgrabungssperre eingeführt werden können.**

Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Möglichkeiten zur Anpassung von Sondernutzungsgebühren
- Einführung von Vertragsstrafen
- Anforderungen an die Wiederherstellung der Verkehrsflächen
- Regelungen zur Gewährleistung
- rechtliche Möglichkeiten zur Ausschöpfung von Bußgeldern
- inwieweit bei genehmigten Ausnahmen während der Sperrfrist **Ausgleichszahlungen für die Wertminderung** erhoben werden können.

Begründung:

In den vergangenen Jahren wurden in Fürth zahlreiche Straßen und Verkehrsflächen mit erheblichem finanziellem Aufwand saniert oder neu hergestellt.

Dennoch ist immer wieder zu beobachten, dass diese Flächen kurze Zeit später erneut aufgebrochen werden.

Dies führt zu:

- **erheblicher Verschwendung von Steuergeldern,**
- einer nachhaltigen **Schädigung der Straßenqualität,**
- **zusätzlichen Belastungen für Anwohner und Verkehrsteilnehmer,**
- sowie einer insgesamt ineffizienten Koordination von Baumaßnahmen.

Eine aufgebrochene und wieder verschlossene Straße erreicht in der Regel nicht mehr die Qualität einer durchgehend neu hergestellten Oberfläche. Dies führt langfristig zu höheren Unterhaltskosten und häufigeren Sanierungszyklen.

Gerade vor dem Hintergrund knapper kommunaler Haushaltsmittel ist es unerlässlich, bereits getätigte Investitionen bestmöglich zu schützen.

Ziel muss es daher sein:

- Bau- und Leitungsmaßnahmen besser zu koordinieren,
- unnötige Mehrfachaufgrabungen zu vermeiden,
- und die Lebensdauer unserer Verkehrsflächen deutlich zu erhöhen.
-

Andere Städte (München, Grafing bei München, Villingen-Schwenningen, Berlin, Köln u.v.m.) zeigen bereits erfolgreich, dass eine konsequent umgesetzte Aufgrabungssperre ein wirksames Instrument zum Schutz öffentlicher Infrastruktur ist.

Die Einführung bzw. konsequente Durchsetzung einer Aufgrabungssperre wäre ein wichtiger Schritt hin zu:

- mehr Wirtschaftlichkeit,
- besserer Infrastrukturqualität,
- und einem verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln.

Mit freundlichen Grüßen



Maximilian Ammon
Fraktionsvorsitzender



Ronald Morawski
stv. Fraktionsvorsitzender